

Wassily Nemitz über den Kampf für Menschenrechte

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat am Wochenende ihre hybride Mitgliederkonferenz im Dorint-Hotel in Mannheim abgehalten. Bevor die rund 300 Teilnehmenden in die Themen so richtig einstiegen, stand der ehrenamtliche AI-Vorstandssprecher Wassily Nemitz dieser Redaktion für ein Gespräch zur Verfügung

VON

CHRISTIAN GERARDS



Öffentliche Mahnwache von Amnesty International zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt in Hanau vor dem Rosengarten. © M. RUFFLER

Herr Nemitz, warum findet Ihre Mitgliederkonferenz in [Mannheim](#) statt?

Wassily Nemitz: Weil es eine schöne Stadt ist, die zentral liegt. Wir sind eine Mitgliederorganisation, die mit ihren ehrenamtlich Aktiven in ganz Deutschland tätig ist. Daher wollen wir auch die Mitgliederkonferenzen und -versammlungen in den jeweiligen Regionen stattfinden lassen.

Auf einer Skala von 1 bis 10: Wie schätzen Sie angesichts des [Todesfalls in Folge eines Polizei-Einsatzes](#) im vergangenen Jahr die Menschenrechtslage in Mannheim ein?

Nemitz: Wir machen bei Menschenrechtsverletzungen keine Rankings. Ich als Sachse würde mich auch sehr weit aus dem Fenster lehnen, wenn ich allein die

Polizei in Mannheim kritisiere. Wir sehen in ganz Deutschland, etwa bei der Polizei, mitunter höchst fragwürdige Entwicklungen. Transparente Arbeit der Polizei und die Kennzeichnungspflicht im Einsatz sind wichtige Themen, auch müssen unabhängige Beschwerdestellen geschaffen werden.

Derzeit sollen 2000 nach Mannheim zugewiesene Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden. Ist solch eine Unterbringung für Amnesty akzeptabel?

Nemitz: Das ist eine Unterbringungsform, die alles andere als optimal ist. Vor allem das Recht auf Privatsphäre kann so nicht gewahrt werden. Es geht jetzt aber darum, alle Schutzsuchende in Deutschland schnell und pragmatisch unterzubringen. Dauerhaft müssen Geflüchtete so untergebracht werden, dass Integration gelingen kann. Dabei muss der Bund die Länder und Kommunen unter anderem finanziell unterstützen.

Wie ist die Lage der Amnesty- Mitarbeitenden in der Ukraine und in Russland?

Nemitz: Um unsere Kollegen und Kolleginnen zu schützen, äußern wir uns nicht über ihren Aufenthaltsort. Das Klima für Menschen, die sich in Russland für die Menschenrechte einsetzen, ist extrem feindselig. Auch das Moskauer Büro von Amnesty International wurde im vergangenen Jahr durch die russischen Behörden geschlossen.

Wie können Sie den Leuten vor Ort helfen, die sich trotz der Repressalien für Menschenrechte einsetzen?

Nemitz: Man kann immer etwas tun. Wir begleiten zum Beispiel weiter intensiv den Fall des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny oder das Verbot der Menschenrechtsorganisation Memorial in Russland. Wir haben eine sehr aktive Gruppe, mit der wir mithilfe von persönlichen Kontakten weiterhin Menschenrechtsverletzungen aufdecken und Öffentlichkeit herstellen wollen. Selbst in Fällen, in denen man es nicht denkt, etwa in China, hilft eine öffentliche Debatte, dass Regierungen ihr Verhalten ändern.



Amnesty International Vorstandssprecher Wassily Nemitz im Gespräch mit dem MM. © CHRISTIAN GERARDS

Amnesty dokumentiert derzeit auch Menschenrechtsverletzungen in Iran, Syrien, Türkei, Nordkorea, China, Kongo oder Peru. Ist es frustrierend für Sie, dass wir als Menschheit in dieser Frage nicht so richtig weiterkommen?

Nemitz: Ich würde nicht sagen, dass das stimmt. Auch in der Vergangenheit gab es sehr viele Menschenrechtsverletzungen, die man vielleicht gar nicht mitbekommen hat. Wir haben im Völkerrecht mit zahlreichen Abkommen, auf die Amnesty International hingewirkt hat, wahnsinnige Fortschritte gemacht. Die Todesstrafe ist weltweit auf dem Rückzug. Auch das ist ein großer Erfolg. Meistens sind es aber Einzelfälle oder Schicksale, bei denen Amnesty International Menschen geholfen hat, etwa aus der Haft zu kommen oder erleichterte Haftbedingungen zu bekommen.

Menschenrechte stehen nicht nur in autoritären Staaten unter Beschuss. In den USA wurden unter Präsident Donald Trump etwa Flüchtlingsfamilien auseinandergerissen. Polizeigewalt, vor allem gegenüber Schwarzen, steht fast schon auf der Tagesordnung. Ihre britischen Kollegen warnten vor einer Schwächung der Menschenrechte in Großbritannien durch den Brexit ...

Nemitz: Die USA haben immer vorgegeben, auf der Seite der Menschenrechte zu stehen - was in vielen Fällen sicherlich auch stimmt, in manchen dann aber auch nicht. Sie haben noch die Todesstrafe und das Gefangenenlager auf Guantanamo. Dass das in der US-amerikanischen Bevölkerung auch auf Zustimmung stößt, ist schon eine Gefahr. Die britische Regierung führt jetzt Asylverfahren in Ruanda durch und will aus menschenrechtlichen Verträgen einfach austreten, was sicherlich nicht so einfach möglich wäre, wenn Großbritannien noch Teil der Europäischen Union wäre.

Was kann man dagegen unternehmen?

Nemitz: Wir müssen mehr Menschenrechtsbildung betreiben. Die ist ja auch im deutschen Bildungssystem nicht so stark ausgeprägt.